

chern und der Politik den nötigen Spielraum zu garantieren. Bei allen Unwägbarkeiten ergibt das doch ein vernünftiges und respektables Motiv für den Dienst in der Bundeswehr, auch für junge Katholiken, die die christliche Friedensbotschaft ernst nehmen möchten. Nicht einseitig den Sinn der Kriegsdienstverweigerung darzutun, sondern sich auch bei der militärischen Friedenssicherung um Überzeugungsarbeit und angemessenes Problembewußtsein zu bemühen, stünde gerade katholischen Jugendverbänden gut an. 111

Abberufung

Paul Valadier muß Chefredaktion von „Études“ abgeben

Am 28. März hat der Provinzial der französischen Jesuiten den Chefredakteur von „Études“, P. Paul Valadier (56), abberufen. Ab 1. September, an dem Valadier ausscheidet, wird vor allem als Marxismusforscher international bekannte und lange Zeit in leitenden Stellungen des Ordens tätig gewesene Sozialethiker P. Jean-Yves Calvez (62) die Zeitschrift leiten. Der Vorgang ist in sich unspektakulär, zumal sowohl der Provinzial wie der Betroffene selbst zu verstehen gaben, der Wechsel in der Redaktion sei in absehbarer Zeit ohnehin vorgesehen gewesen, und Valadier bestreitet nicht, daß er selbst den Wunsch geäußert habe, nicht übermäßig lang an der Spitze der Redaktion bleiben zu müssen.

Wenn die Abberufung dennoch Aufsehen erregte, dann wegen ihrer, wie sie Valadier selbst charakterisierte, „bürokratischen“ Form, wegen der Person des Betroffenen und wegen des Zeitpunkts und der kirchenpolitischen Umstände, unter denen der bisherige Chefredakteur die Redaktion verlassen muß. Er selbst, so erklärte Valadier in einem Interview mit „Le Monde“ (29.3.89), sei von der Maßnahme völlig überrascht worden. Mit ihm sei von den Oberen des Ordens

weder über die Abberufung noch über die Regelung der Nachfolge gesprochen worden. Dies widerspreche Praxis und Geist des Jesuitenordens. Schon daraus schloß die Öffentlichkeit, es müsse kirchliche Pressionen gegeben haben, die zur plötzlichen und nicht abgesprochenen Ablösung des Chefredakteurs führten.

Der Verdacht verstärkte sich angesichts der Person des Abberufenen. Valadier gehört zu den angesehensten Intellektuellen im französischen Katholizismus, dessen Echo weit über das engere katholische Milieu hinausreicht. Von Hause aus Philosoph, Nietzsche-Spezialist und Professor am Centre Sèvres, der Pariser Philosophisch-Theologischen Hochschule der französischen Jesuiten, an die der Abberufene nun mit voller Vorlesungsverpflichtung zurückkehrt, war Valadier als Chefredakteur der wohl international angesehensten, von den Jesuiten geleiteten Kulturzeitschrift ungewöhnlich erfolgreich. Seit der Übernahme der Chefredaktion durch Valadier 1982 stiegen die Abonnements von weniger als 8000 auf gut 12000 an, eine Entwicklung, von der vergleichbare Zeitschriften in Frankreich wie anderswo gegenwärtig nur träumen können. Valadier war es in relativ kurzer Zeit gelungen, „Études“ zu einer nicht nur prestigeträchtigen Zeitschrift zu machen, sondern durch umfassende und aktuelle Behandlung von Vorgängen und Grundsatzfragen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche auch bei Leserschichten Aufmerksamkeit zu wecken, die dem kirchlichen Leben fernstehen, aber doch bereit sind, sich mit Fragestellungen und Antworten, die aus kirchlicher bzw. katholischer Sicht vorgetragen werden, zu beschäftigen.

Valadier gehörte überdies zu den wenigen führenden theologisch-kirchlichen Denkern und Sprechern, die sich regelmäßig auch über profane Medien zu kirchlich-kontroversen Fragen mit einigem Freimut äußern und dabei auch einmal einen polemischen Zungenschlag riskieren. Es hat gerade in letzter Zeit öfters auch vor einer breiteren Öffentlichkeit pointiert zu kirchlichen Entwicklungen und vor al-

lem zu ethischen Problemen – von „Humanae vitae“ bis Aids – freimütiger Stellung genommen, als es Kirchenoberen in Rom und teilweise auch in Paris lieb war, bei denen er sich den Ruf eines ebenso lästigen wie unbeirrbar und seiner kirchlichen Position unangreifbaren Kritikers erwarb. Verdichteter Ausdruck seiner kirchlichen Positionen ist das 1987 bei Calmann-Lévy erschienene Buch „L'Église en procès“. Valadier war auf französischer Seite auch einer der ersten, der sich die Anliegen der „Kölner Erklärung“ zu eigen machte und sich öffentlich dazu bekannte.

Daß Valadier gerade jetzt abberufen wurde, mußte zwangsläufig zu dem Eindruck führen, die Pariser Ordensoberen hätten auf höhere Weisung gehandelt. Dies wurde vom Provinzial ebenso energisch bestritten wie der Verdacht, man wolle einen als geistlichen Redakteur und kirchlichen Schriftsteller unangreifbaren, aber unbequemen Kritiker mundtot machen. Direkte Interventionen von höherer Stelle, auf die die Maßnahme zurückzuführen wäre, scheint es auch tatsächlich nicht gegeben zu haben. Es dürfte wohl zutreffen, was Valadier selbst andeutete, der Orden habe vorsorglich, sozusagen aus vorauseilender Furcht gehandelt, um weiterreichende Schwierigkeiten mit römischen Stellen von vornherein zu vermeiden.

Tatsächlich spricht einiges dafür, daß die Ordensleitung in Paris (und Rom) durch die Abberufung Valadiers es vermeiden wollte, sich weitergehende Schwierigkeiten einzuhandeln. Innerkirchlicher Druck auf Publikationsorgane und gelegentlich auch auf einzelne Journalisten gehört gegenwärtig zum gesamtkirchlichen Klima. Je direkter die Betreffenden in kirchenamtlichen Strukturen angesiedelt sind, um so unmittelbarer bekommen sie ihn zu spüren. Interventionen von römischen Kongregationen bei Ordensleitungen, man möge in einem bestimmten Sinne auf den und den schreibenden, redenden oder predigenden Theologen oder Journalisten einwirken, gehören inzwischen zum kirchlichen Alltag, und sie betreffen die unterschiedlichsten Länder.

„Études“ wird deshalb nicht die letzte Zeitschrift sein, die auf diese Weise in Schwierigkeiten gerät. Aber daß man auch in Frankreich nicht gewillt ist, solchen Entwicklungen einfach freien Lauf zu lassen, zeigten zahlreiche Einsprüche und Sympathiekundgebungen nicht nur aus dem eigenen Orden (die Professoren des Centre Sèvres protestierten, der Stellvertreter Valadiers verläßt aus Loyalität die Redaktion). Auch Hierarchen zeigten Valadier ihre Sympathie. Viele Bischöfe würden, so der Erzbischof von Bourges, *Pierre Plateau*, angesichts eines solchen Vorgangs leiden. Und zu Valadier: Wenn Philosophen Fragen stellten, so gehöre das zu ihrem Metier. Und Valadier stelle seines Wissens gute Fragen. se

Unmut

Kritische Synodenäußerungen zur DDR-Politik

Daß auch auf Synodaltagungen dieses Frühjahrs in den evangelischen Kirchen der DDR deutliche Kritik an der Politik von Staat und Partei im zweiten deutschen Staat zu hören war, nimmt nicht wunder. Schließlich sind Synoden wie auch Kirchentagsveranstaltungen seit Jahren Foren, auf denen nicht nur spezielle Probleme des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR diskutiert werden, sondern auch Themen zur Sprache kommen, die den Bürgern allgemein auf den Nägeln brennen, in der Öffentlichkeit aber nicht ehrlich und offen erörtert werden können. So kritisierte die Synode der sächsischen Landeskirche Anfang April bei ihrer Frühjahrstagung in Dresden im Vorblick auf die *Kommunalwahlen am 7. Mai* das in der DDR übliche und auch diesmal ungeachtet der jüngsten Wahlen in der Sowjetunion beibehaltene Wahlverfahren. Es stünden keine Kandidaten zur Auswahl; eine geheime Wahl sei nur gewährleistet, wenn die Wähler verpflichtet seien, Wahlkabinen aufzusuchen. Bislang sei es aber gängige Praxis, den Wahlzettel mit der von der

Nationalen Front aufgestellten Kandidatenliste unverändert in die Urne zu werfen. Die Synode forderte dazu auf, die Wahlkabinen zu benutzen oder der Wahl fernzubleiben.

Unmittelbar vor Beginn der Tagung der sächsischen und der Berlin-Brandenburgischen Kirche hatte der neue Staatssekretär für Kirchenfragen, *Kurt Löffler*, Kirchenvertreter in einem von staatlicher Seite anberaumten Gespräch über die am 1. April in Kraft getretenen Nachbesserungen der *Reiseverordnung* von Anfang dieses Jahres informiert. Vermutlich wollte der Staat mit dieser Geste – das Gespräch fand vor der Veröffentlichung der neuen Bestimmungen im Gesetzblatt statt – kirchlicher Kritik an den Reismöglichkeiten den Wind aus den Segeln nehmen. Die Synodalen in Dresden und Berlin zeigten sich mit den kleinen Konzessionen (Westreisen zu Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen sind jetzt auch den nicht blutsverwandten Ehepartnern gestattet) allerdings nicht zufrieden, sondern machten ihrem Unmut deutlich Luft: Für die Masse der Gemeinden, aber auch der Bevölkerung sei die Reiseverordnung auch nach der Ergänzung vom 1. April zutiefst unbefriedigend, gab ein Synodaler zu Protokoll.

In ihrem Bericht an die Synode stellte die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung fest, sie sehe ihre Aufgabe darin, „Christen zu ermutigen, ihr Leben in der DDR als Auftrag Gottes anzunehmen“. Diese Aufgabe wird allerdings immer schwieriger: Angesichts der ablehnenden Haltung der DDR-Führung gegenüber jedweder Systemkorrektur nach dem Muster von Gorbatschows Reformkurs, von Ungarn und vor allem Polen (vgl. ds. Heft S. 212) ganz zu schweigen, werden Frustration und Unmut in der DDR-Bevölkerung immer stärker und machen sich in vielen Fällen in *Ausreiseanträgen* Luft, gerade auch bei aktiven Gemeindegliedern. Der Entwurf „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ für die Abschlußberatungen der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Ende April in Dresden sprach von „Ohnmachtserfahrungen“

der DDR-Bürger und beklagte in sehr nachdrücklichen Formulierungen, daß es im Land an Öffentlichkeit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit und an voller Rechtssicherheit fehle: Wenn sich Bürger aufgrund gemeinsamer gesellschaftlicher Interessen zusammenfänden, gerieten sie schnell in den Verdacht staatsfeindlicher Aktivitäten. Wer irgendwie auffalle, und sich nicht wie erwartet angepaßt verhalte, müsse mit Rückwirkungen in ganz anderen Lebensbereichen rechnen.

Auf diesem ziemlich tristen und auch für die unmittelbare Zukunft wenig Änderung versprechenden Hintergrund muß sich für die evangelische Kirche in der DDR zwangsläufig wieder die Frage nach ihrem *Verhältnis zum System* stellen. Bischof *Werner Leich*, der Kirchenbundsvorsitzende, äußerte vor wenigen Wochen Bedenken gegenüber der Formel „Kirche im Sozialismus“ als Standortbestimmung für die evangelische Kirche: Sie sei „ziemlich abgenutzt“. Die Kirche sehe sich der Wahrheit verpflichtet, mit der sie versuche, den Menschen in ihrem Lebensschicksal nahe zu sein. Darauf angesprochen, erklärte Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe*, der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenbundes, am Rand der Berlin-Brandenburgischen Synode, er sehe in „Kirche im Sozialismus“ einen richtigen Begriff, der aber immer wieder in Gefahr stehe, zur Leerformel zu werden. Bischof Leich habe die Formel nicht aufheben, sondern darauf hinweisen wollen, wie nötig es sei, immer wieder zu sagen, was damit gemeint sei.

In einer Hinsicht ist man sich in der DDR-Kirche nach wie vor weithin einig: Die evangelischen Kirchen stehen zu ihrem gesellschaftspolitischen Mandat und beharren auf ihrem Recht, sich als Teil ihres geistlichen Auftrags kritisch zur politischen Entwicklung zu äußern, auch wenn ihre Möglichkeiten begrenzt sind. Schwieriger ist die Frage, welches Veränderungspotential die Kirche dem DDR-Sozialismus zutrauen soll, ob sie sich von einem System überhaupt noch viel erhoffen kann, dessen Grundfesten in manchen „Bruderländern“ immer mehr ins Wanken geraten. ru